



Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V.

– Vereinigung der Jäger –

anerkannter Naturschutzverband

Gensingen, den 07.04.2020

Aufhebung der Schonzeiten im staatlichen Alleingang!

**Landesforsten und Jagdbehörden befeuern einen absolut vermeidbaren
Forst/Jagdkonflikt zur Unzeit**

***Eine aktuelle Information des Landesjagdverbandes Rheinland-Pfalz an alle
Kreisgruppen und Hegeringe***

Was ist passiert?

Die Leitung des Landesbetriebes Landesforsten im Ministerium hat ohne Abstimmung mit den Verbänden und ohne Anhörung im Landesjagdbeirat über die bei der Zentralstelle der Forstverwaltung ansässige obere Jagdbehörde für alle Forstämter eine Verfügung erwirkt die Schonzeit ab 15. April aufzuheben. In einer Pressemeldung vom 06.04. verschärft das Ministerium trotz mehrerer auf Konsens ausgerichteter Gespräche und Schriftwechsel mit dem Präsidium den Konflikt, in dem es alle Jagdpächter und private Eigenjagdbesitzer dazu aufruft, ebenfalls Anträge zu stellen.

Nach jüngsten Informationen liegen der oberen Jagdbehörde eine Vielzahl weiterer Anträge vor. Es ist davon auszugehen, dass diese ebenfalls positiv beschieden werden.

Der Landesjagdverband ist von diesen Vorgängen negativ überrascht und billigt sie ausdrücklich nicht.

Eine Schonzeitaufhebung per Sonderverfügung für den Einzelfall, stellt das in der Regel letzte Mittel des Jagdrechtes dar, um vor Ort kurzfristig und gezielt auf das zu Schaden gehende Wild jagdlich einwirken zu können. Davon wird nur Gebrauch gemacht, wenn andere Mittel der Jagd und des Wildschadensmanagement nicht greifen. Eine Änderung der Jagdzeiten ist mit einer Änderung der Rechtsverordnung verknüpft und nicht ohne Grund an ein rechtsstaatliches und demokratisches Verfahren der Normgebung geknüpft.

Was ist unser Ansatz für Wald und Wild im Klimawandel?

Die Antwort des LJV auf die Anforderungen des Klimawandels und des Waldumbaus ist bereits seit einem Jahr der Aufruf zu einer intensiveren, vorbehaltlosen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Forstleuten, Waldbesitzern und Jägern vor Ort. Die Vielfalt der Wildschadensursachen und Lösungsstrategien verbietet provozierende Alleingänge und demotivierende Rechtsbeugungen.

Im Juni 2019 hat die Landesregierung zusammen mit den Vertretungen der Waldbesitzenden eine Erklärung unter dem Namen „Klimaschutz für den Wald - unser Wald für den Klimaschutz“ herausgegeben. Der Landesjagdverband war an den Gesprächen nicht beteiligt und wurde über diese im Vorfeld auch nicht informiert. Diese Erklärung sieht unter anderem die Notwendigkeit, die Anpassungsfähigkeit der Wälder zu stärken und hierbei einen Waldumbau hin zu klimaangepassten Mischwäldern vorzunehmen. Nach der Erklärung der Landesregierung und den Vertretungen der Waldbesitzenden soll hierfür „die Regulierung der Schalenwildbestände auf ein Niveau, das die natürliche Verjüngung der Hauptbaumarten ohne Schutzmaßnahmen ermöglicht“, eine Grundvoraussetzung sein. Die Erklärung empfiehlt, die vorhandenen jagdrechtlichen Instrumentarien „im Sinne dieser Zielsetzung konsequent anzuwenden“.

Der LJV hat als erster Verband überhaupt auf die Walderklärung der Landesregierung zum Klimawandel vom Juni 2019 konstruktiv reagiert. Bereits im Frühherbst 2019 haben wir ein umfassendes Papier mit umfangreichen, wildbiologisch begründeten Positionen verfasst, um gemeinsame und praxisnahe Lösungsansätze für mögliche Konflikte vorzuschlagen. Diese Positionen wurden vom LJV den Forstämtern schriftlich vorgestellt; die Betriebsleitung der Forstämter forderte jedoch dazu auf unser Papier nicht zu beachten.

Gemeinsam mit den Kreisgruppen wurde am 13.11.2019 die **Pirmasenser Erklärung** verabschiedet, um den Forderungen Nachdruck zu verhelfen. Wesentlichen Inhalte und Forderungen sind u.a.

1. *Ziel des Wildmanagements muss es sein, Waldschäden durch z.B. folgende Maßnahmen zu vermeiden:*

- *effiziente und störungsarme Jagdausübung, insbesondere auch von Rehwild im Wald nach vor Ort abgestimmten Jagdkonzepten*
- *Planung von Jagdschneisen und Investitionen in die jagdliche Infrastruktur*
- *Umsetzung aller Möglichkeiten der Äsungsverbesserung (z.B. Wildwiesen, artenreiche Sukzessionsflächen, naturnahe Waldränder)*
- *Einrichtung von Wildruhezonen und Steuerung der Freizeitnutzung im Wald*

2. *Gegebenheiten, die die Jagdausübung erschweren, müssen erkannt und wo immer möglich verbessert werden – die Jagd bedarf der gesellschaftlichen Akzeptanz:*
 - *die ganztägig intensive Freizeitnutzung sowie der Freilauf der Hunde bedürfen zum Schutz des Waldes der Steuerung*
 - *Behörden, Polizei und Gesellschaft müssen die Jagd unterstützen z.B. im Rahmen von revierübergreifenden Bewegungsjagden*
 - *der verstärkte Genuss von Wildfleisch aus der Region sollte den Einsatz der örtlichen Jägerschaft honorieren*
3. *Eine neue Qualität der Zusammenarbeit von Jagdrechtsinhabern, Jägern und Förstern auf den Waldumbauflächen muss planmäßig organisiert und umgesetzt werden. Gegenseitiges Verständnis und Offenheit sind das Gebot der Stunde.*
4. *Wir brauchen Jägerinnen und Jäger, die etwas vom Wald verstehen und Forstleute, die etwas vom Wild verstehen. Wir plädieren für eine gemeinsame Aus- und Weiterbildungsinitiative.*

Ergebnisse verbandsübergreifender Vernunft werden ignoriert: Scheitert jetzt das Wald/Wild Papier in Rheinland-Pfalz?

Nach langen internen Diskussionen haben wir unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer ergebnisoffenen Diskussion unsere Bereitschaft zu einer sachlichen Mitarbeit gegenüber dem Ministerium erklärt und haben in der Folge an mehrfachen Tagungen zweier Arbeitsgruppen teilgenommen. In diesen Arbeitsgruppen haben auf Einladung des MUEEF alle mit Wald, Jagd, Wild und Natur befassten Verbände in einem drei Monate dauernden Prozess versucht im Dialog gute und neue Ansätze für den Umgang mit Wildschäden, Waldentwicklung, Jagd und Lebensraumschutz für Wildtiere zu entwickeln.

Hierbei ist es uns gelungen, den Fokus von der reinen Erhöhung der Abschusszahlen deutlich zu verschieben und den Grundstein für eine ausgewogene Herangehensweise zu legen. Insofern standen am Ende der Gespräche durchaus fruchtbare Ergebnisse im Raum, die zwar auch – im räumlich und zeitlich gebotenen Umfang – eine Verschärfung der Bejagung des wiederkäuenden Schalenwildes ermöglicht bzw. gestützt hätten, ohne allerdings in eine monokausale Betrachtungsweise abzugleiten.

Mit vier Experten war der LJV ganz maßgeblich an den Ergebnissen beteiligt und hat deshalb der am 28. Februar 2020 abgestimmten Endfassung auch in den Entscheidungsgremien zugestimmt. Zahlreiche Inhalte unserer bereits veröffentlichten Positionen wurden in dem Papier angenommen!

Landesforsten hat ebenso wie die Jagdbehörden konkret ihre Positionen eingebracht und vertreten können. Hierzu zählten konkret:

- 1. Die Einführung des Schrotschusses auf Rehwild** (von den Verbänden abgelehnt und nicht aufgenommen)
- 2. Die Erweiterung der Kirrungsregelung auf Rehwild** (von den Verbänden abgelehnt und nicht aufgenommen; eine Einführung in allen staatlichen Jagdbezirken per Anordnung ist beabsichtigt)
- 3. Die Aufhebung der Schonzeit auf Schalenwild im April** (von den Verbänden abgelehnt und nicht aufgenommen)

Die Endfassung des Papiers ist bislang noch nicht veröffentlicht.

Bewertung der Handlungsweise der Leitung des Landesbetriebes Landesforsten und der oberen und obersten Jagdbehörden:

1. Landesforsten ergreift die Initiative und lässt sich die im Wald/Wild/Klimawandel-Papier nicht durchsetzbare Abschusserweiterungen in der Schonzeit von den „eigenen“ Jagdbehörden genehmigen. Wann die Anweisungen an die Forstämter zur verpflichtenden Ankirrung von Rehwild kommen, ist nur eine Frage der Zeit.
2. Eine fachliche Diskussion über eine Anpassung der Jagdzeiten ist vom LJV nie abgelehnt worden, wenn denn einer Verlängerung im Frühjahr auch eine Verkürzung zum Beispiel im Januar gegenüberstehen würde. Einfach „mehr Jagddruck“ machen wir aber nicht mit. Gerade aufgrund der steigenden Wildschadensgefahr nicht.
3. Als katastrophal bewerten wir den so angerichteten Kollateralschaden für die Zusammenarbeit vor Ort zwischen den Jägern und Förstern und innerhalb der Hegegemeinschaften. Auch wir haben wahrhaft alle im Moment besseres zu tun, als sich zu streiten.

Handlungsempfehlungen für die Jägerinnen und Jäger in Rheinland-Pfalz

1. Wir sollten emotionale Reaktionen vor Ort gegenüber den Forstleuten und Forstämtern vermeiden. Argumentieren wir fachlich und der örtlichen Situation angepasst. Viele Forstämter nutzen die erweiterten Jagdmöglichkeiten gar nicht oder wollen sie nur gezielt und abgestimmt anwenden.

2. Machen Sie als Funktionäre den Abgeordneten und Kommunalpolitikern klar worum es wirklich geht: Wir wollen einen umfassenden kooperativen Ansatz zur Lösung von Problemen und keine staatlichen Alleingänge nach Gutsherrenart.
3. Bleiben Sie motiviert, den Waldbesitzern beim Waldaufbau und Waldumbau durch eine gute Jagd zu helfen. Überlassen Sie die Demotivation und den Konflikt denjenigen, die in Politik und Betriebsleitung Verantwortung dafür tragen.

Wir als LJV rufen zum jetzigen Zeitpunkt **noch nicht zur direkten Konfrontation auf!**

Wir hoffen auf ein geschlossenes und solidarisches Vorgehen innerhalb unseres Verbandes und dürfen Sie vor diesem Hintergrund darum bitten, etwaige Schritte ihrerseits mit der Geschäftsstelle in Gensingen abzustimmen und diese stets sachlich sowie fachlich fundiert auszugestalten. Gerne unterstützen wir Sie diesbezüglich in jedweder Hinsicht!